

NIEDERSCHRIFT HFA/0026/2017

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 28.11.2017 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Marco Lennertz
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose

Vertretung für Herrn
Matthias Ahlers

Herr Franz-Josef Schulze
Thier

Frau Birgit Schulze Wierling

Vertretung für Herrn
Dr. Wolfgang Meyring

Frau Margarete Köhler
Herr Thomas Tauber
Herr Dieter Brall

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe

Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Marion Kessens
Frau Barbara Vormann
Frau Birgit Freickmann

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Antrag der CDU Fraktion vom 19.06.2017
hier: Anerkennung der Stadt Billerbeck als staatlich anerkannter
Luftkurort gemäß § 11 KOG (Kurortegesetz NRW) durch die Bezirks-
regierung Münster**

Frau Dirks verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage.

Frau Mollenhauer erklärt, dass sie den Verwaltungsvorschlag grundsätzlich begrüße. Es sei wichtig, dass an dem Thema weiter gearbeitet werde. Dreh- und Angelpunkt sei ja das „Luftgutachten“. Bevor ein umfangreiches klimatisches Gutachten in Auftrag gegeben werde und viel Zeit ins Land gehe bis der Masterplan vorliege, sollte eine Voranfrage beim Deutschen Wetterdienst gestellt werden. Wenn dann schon bescheinigt werden sollte, dass die erforderlichen Werte nicht erreicht werden, brauche man nicht weiter zu machen.

Frau Dirks geht davon aus, dass das Thema Luft nicht der ausschließende Grund sein wird, sondern eher die fehlenden Einrichtungen und Anlagen, die ein Luftkurort vorhalten müsse. Man müsse sehen, ob das Prädikat Luftkurort wirklich zu einem Mehrwert für Billerbeck führe und ob man wirklich den Schwerpunkt Gesundheit wolle. Deshalb schlage sie vor, sich zunächst intensiv dieser Fragestellung zu widmen, bevor Geld für ein „Luftgutachten“ ausgegeben werde.

Herr Tauber hält den Beschlussvorschlag der Verwaltung für nachvollziehbar. Zum einen gehe es um den Masterplan als großes Ganzes und zum anderen um das Prädikat „Luftkurort“ als Baustein des Ganzen. Aktuell sehe er aufgrund der in der Sitzungsvorlage aufgelisteten Voraussetzungen für Kurorte nicht die Möglichkeit einer Chance, dieses Prädikat zu erlangen. Auch wolle er derzeit kein Geld für ein Gutachten in die Hand nehmen.

Frau Rawe möchte ebenfalls kein Geld für ein „Luftgutachten“ ausgeben. Die Anerkennung als staatl. anerkannter Luftkurort sei ein hochgestecktes Ziel mit vielen Hürden. Sie frage sich, ob es nicht auch noch andere Probleme gebe, mit denen man sich in der nächsten Zeit beschäftigen müsse und für die viel Geld und Energie benötigt werden. Auch müsse die Frage geklärt werden, welchen Schwerpunkt man sich setzen wolle. Zunächst sollte der Masterplan abgewartet werden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Antrag der CDU Fraktion vom 19.06.2017 wird zurückgestellt, bis die Ergebnisse des Masterplanes Tourismus vorliegen. Das Ansinnen der Stadt hinsichtlich einer Weiterqualifizierung zum Luftkurort soll bei der Erarbeitung des Masterplanes hinsichtlich der Auswirkungen auf die Tourismusentwicklung mit geprüft werden.

Stimmabgabe: einstimmig

**2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2017
hier: Touristisches Hinweisschild BAB 43**

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kommunen Havixbeck und Not-
tuhn das Projekt „Touristisches Hinweisschild BAB 43“ gemeinsam umzu-
setzen. Die entsprechenden Mittel in Höhe von bis zu 7.000,00 € werden
im Produkt 15030 Tourismus für das Haushaltsjahr 2018 eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushalts-
jahr 2018 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die
Jahre 2018 bis 2021**

Frau Lammers erläutert die der Sitzungsvorlage beigefügten Änderungs-
listen. Weiter weist sie darauf hin, dass die Mittel für das eben beschlos-
sene touristische Hinweisschild an der BAB 43 in Höhe von bis zu 7.000,-
- € neu eingeplant werden müssen.

Außerdem müsse der Ansatz im Produkt 03014 um 45.000,- € in 2018
erhöht werden, da in 2017 keine Auszahlung mehr für die WLAN-
Ausstattung und Router (Beschluss Gute Schule 2020) erfolgen könne.

Herr Schlieker verweist auf den Ratsbeschluss, wonach die Stelle für die
soziale Arbeit im Bereich der Flüchtlingsbetreuung von 30 auf 40 Wo-
chenstunden erhöht werden soll. Der Kreisverband des DRK habe sich
bereiterklärt, die Stelle um weitere 10 Stunden aufzustocken, diese seien
aber bislang nicht in Anspruch genommen worden. Er beantrage, dass in
den Haushaltsplanentwurf 2018 Mittel für 40 Stunden/Woche eingeplant
werden.

Herr Struffert stellt richtig, dass es keinen Beschluss gebe, die Stelle auf
40 Wochenstunden zu erhöhen, wenngleich dies mit den für 2018 einge-
planten Mitteln möglich wäre. Beschlossen worden seien 30 Stunden und
eine Verlängerung des Vertrages über die Wahrnehmung der sozialen
Betreuung von Flüchtlingen um zwei Jahre. Des Weiteren sei beschlos-
sen worden, mit dem DRK-Kreisverband abzustimmen, ob eine Aufsto-
ckung auf 40 Stunden möglich ist. Hierfür liege ein Angebot des DRK vor.
Demnächst werde dem zuständigen Ausschuss eine entsprechende Sit-
zungsvorlage unterbreitet.

Frau Dirks unterstreicht auf Nachfrage von Herrn Schlieker noch einmal,
dass im Haushaltsplanentwurf 2018 Mittel für die soziale Betreuung von
Flüchtlingen mit 40 Wochenstunden vorgesehen seien und der zuständi-
ge Ausschuss in seiner nächsten Sitzung darüber berate, ob die Mittel in
Anspruch genommen werden oder nicht.

Frau Dirks weist darauf hin, dass noch über die Höhe des Investitionszu-
schusses für einen neuen Kunstrasenplatz entschieden werden müsse.
Vertreter des Vorstandes des DJK/VfL seien anwesend und könnten ggf.

Fragen beantworten. Außerdem habe der DJK den Fraktionen per Mail umfangreiche Erläuterungen zu den Bemühungen vorgelegt.

Dem Antrag von Herrn Lennertz, Herrn Wieland Rederecht einzuräumen, wird einvernehmlich zugestimmt.

Frau Mollenhauer führt aus, dass sie zu ihrem Wort stehe. Wenn es im Endeffekt kneifen sollte, könne man über eine Aufstockung reden, aber zum heutigen Zeitpunkt halte sie das für verfrüht. Die Sponsoren seien angeschrieben worden, endgültige Zusagen über Sponsorengelder stünden noch aus. Außerdem laufe die Frist für das Glasfaserprojekt erst am 11.12.2017 aus, es bleibe also bis zur Ratssitzung abzuwarten, wie hoch sich die Spendengelder aus den abgeschlossenen Verträgen belaufen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass heute ein Beschluss benötigt werde. Sie schlage vor, die Summe von 150.000,-- € aufzustocken und den Rest mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Frau Rawe erinnert daran, dass seitens der Grünen bereits nachgefragt worden sei, ob mit einem Sperrvermerk gearbeitet werden könnte. Von daher sei sie mit dem Vorschlag einverstanden. Sie hoffe sehr, dass möglichst viel Geld für den DJK/VfL zusammenkomme. Wenn alle Stricke reißen, müsse man sehen, wie man der Fußballabteilung zur Seite stehen könne.

Herr Tauber weist darauf hin, dass seitens des Sportvereins die geforderten Vergleichsangebote und Unterlagen vorgelegt worden seien und heute eine endgültige Entscheidung getroffen werden sollte. Er stünde zu seinem bisherigen Wort, den Sportverein finanziell unterstützen zu wollen und sei bereit, dabei auch über den Ansatz von 150.000,-- hinauszugehen.

Herr Wieland begrüßt den Vorschlag, den über 150.000,-- € hinausgehenden Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen. Damit sei dem Sportverein eine gewisse Sicherheit gegeben und andererseits halte die Stadt an ihrem Ziel fest, sparen zu wollen.

Herr Messing weist darauf hin, dass das Defizit des Sportvereines derzeit 35.000,-- € betrage. Der Sportverein beabsichtige ggf. den Auftrag im 1. Quartal 2018 zu erteilen, dann werde es erforderlich, in der ersten Sitzung des HFA im nächsten Jahr über die Freigabe des mit Sperrvermerk versehen Betrages und über den Zuwendungsvertrag zu entscheiden.

Der Ausschuss beschließt **einstimmig**, dem DJK/VfL für die Umwandlung des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz einen Betrag in Höhe von 150.000,-- € fest zuzusagen und weitere 35.000,-- € mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Herr Tauber verweist auf den 5. Begleit Antrag der SPD-Fraktion bzgl. der Bereitstellung eines Haushaltsansatzes zur **Sicherung des Fairtrade-**

Titels der Stadt Billerbeck in den kommenden Jahren (siehe Anlage 1 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass für die Jahre 2018 – 2021 jeweils 500,-- € eingestellt seien und diese durch Spenden gegenfinanziert seien.

Hier gehe es um die Würdigung der guten geleisteten Arbeit, so Herr Tauber. Deshalb stelle sich nicht die Frage der Gegenfinanzierung, sondern die Frage nach dem Mehrwert.

Frau Mollenhauer führt aus, dass der Fairtrade-Titel nach zwei Jahren auslaufe und neu beantragt werden müsse. Dann müssten aber auch wieder nur die gleichen 5 Kriterien erfüllt werden, wie bei der Erstbeantragung. Also bestehe doch gar kein Risiko, den Titel nicht wieder zu erlangen, auch wenn keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden. Sie gebe zu bedenken, dass es sich um eine freiwillige Leistung handele und die Stadt sparen müsse.

Frau Rawe unterstützt den SPD-Antrag. Sie würde sich wünschen, dass auch ein CDU-Mitglied im Lenkungskreis mitarbeiten würde. Wenn man einen Antrag einbringe, müsse man diesen auch weiter begleiten.

Herr Tauber macht deutlich, dass es ihm darum gehe, den dynamischen Prozess weiter voranzutreiben.

Frau Dirks plädiert dafür, zumindest für bestimmte Aktionen einen Ansatz vorzusehen. Sie sei begeistert von dem was Lenkungskreis ohne Geld schon geleistet habe und schlage vor, für 2018 und die Folgejahre 1.000,-- € einzustellen und den Lenkungskreis in eine Ausschusssitzung einzuladen, um über die Arbeit zu berichten.

Diesem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Gemäß GO NRW, §§ 78 ff, werden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Billerbeck für das Haushaltsjahr 2018 mit den weiteren Bestandteilen und Anlagen unter Einbeziehung der sich im Beratungsgang der HFA-Sitzungen ergebenden Anpassungserfordernisse und Änderungsbeschlüsse, die in einer Änderungsliste zusammengefasst sind, beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Stadt Billerbeck schließt mit dem Kreis Coesfeld, den Städten Billerbeck und Olfen sowie den Gemeinden Ascheberg, Nottuln, Nordkirchen, Rosendahl und Senden die im Entwurf als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft für den Datenschutz durch die Bestellung einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Änderung im Gesellschaftsvertrag der wfc Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Den Änderungen im Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt.
2. Die Vertreter der Stadt Billerbeck in der Gesellschafterversammlung der wfc werden angewiesen, den Änderungen im Gesellschaftsvertrag zuzustimmen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Mitteilungen

Keine

7. Anfragen

7.1. Bezug der neuen Flüchtlingsunterkünfte - Frau Rawe

Frau Rawe fragt nach, wann die beiden neu gebauten Flüchtlingsunterkünfte bezogen werden sollen und ob dafür andere Unterkünfte abgegeben würden.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass die neuen Unterkünfte kurzfristig belegt würden. Das Haus in der Langen Straße habe die Stadt abgegeben, ob darüber hinaus noch weitere Unterkünfte abgegeben werden, stünde noch nicht genau fest.

Frau Rawe bittet darum, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur über die Unterbringungssituation zu berichten.

7.2. Wege auf dem alten Friedhof - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer kritisiert den schlechten Zustand der Wege auf dem alten Friedhof. Die Wege seien dermaßen aufgeweicht, dass sie fast nur noch mit Gummistiefeln zu begehen seien. Sie habe viele Beschwerden hierüber bekommen.

Herr Messing teilt mit, dass die wassergebundenen Wege nicht mehr mit Spritzmitteln behandelt werden dürfen und deshalb mechanisch aufgearbeitet werden müssen. Der Friedhofsgärtner habe die Wege im Herbst noch einmal aufgearbeitet und damit die Oberfläche aufgelockert. Diese werde noch mit trockenem Splitt abgedeckt. Für die Zukunft sei zu überlegen, ob die Wege ggf. komplett neu gemacht werden. Das werde sich dann aber auf die Gebühren auswirken.

Herr Tauber weist darauf hin, dass er bereits darum gebeten habe, dies bei der neuen Gebührenkalkulation, die im Zusammenhang mit dem von der CDU-Fraktion beantragten Neubau der Leichenhalle angestellt werden muss, zu berücksichtigen.

Herr Schlieker verweist auf einen Artikel in der Fachpresse, wonach es spezielle Mischungen für wassergebundene Wege gebe, die deutlich weniger bzw. kein Wildkrautbewuchs zuließen.

7.3. Volkshochschule - Herr Tauber

Herr Tauber berichtet, dass nach seiner Kenntnis eine Kommune aus der Solidargemeinschaft Volkshochschule ausgesichert sein soll und fragt nach, ob der Verwaltung Näheres bekannt sei.

Frau Dirks teilt mit, dass ihr keine aktuellen Informationen vorlägen. Sie werde dem Hinweis nachgehen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin